Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Gaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Kompareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 232 | Dresden, Dienstag den 4. Oktober 1921 | 32. Jahrg.

U. S. P. und Regierungsbildung

Durch die Antwort, die die U. S. P. unsrer Partei erteilt, hat die politische Lage ein wesentlich andres Gesicht bekommen, als noch vor wenigen Tagen. Während es vor kurzem so schien, als ob nur die Erweiterung der Koalition nach rechts in Frage kommen konnte, ist inzwischen eine Erweiterung der Koalition nach links durchaus in das Bereich der Möglichkeit gerückt. Zwar versucht man in einem Teil der bürgerlichen Presse die Bemühungen unsrer Partei auf Heranziehung der Unabhängigen als ein rein taktisches Manöver darzustellen. So meint Georg Bernhard in der Vossischen Zeitung, daß die Anfrage unsrer Parteileitung an die U. S. P. nur erfolgt sei, um die Opposition in der mehrheitssozialistischen Parteipresse zu beruhigen. Außerdem habe unsre Partei der Deutschen Volkspartei zeigen wollen, daß wir sie nicht unter allen Umständen brauchten, und sie habe gehofft, von den Unabhängigen eine glatte Ablehnung oder unannehmbare Bedingungen zu bekommen.

Auch das Berliner Zentrumsblatt, die Germania, führt aus: Der Schritt der Sozialdemokratie wird zumeist so beurteilt, daß man ihm mehr taktische als politische praktische Bedeutung zuweist. Man werde auf sozialdemokratischer Seite selbst so viel Einsicht haben müssen, daß die Grenzen für das Zentrum diesseits der U. S. P. gezogen seien.

Hingegen schreibt das Berliner Tageblatt, nachdem es die Bedingungen der U. S. P. wiedergegeben hat, die genannten Forderungen der U. S. P. seien, abgesehen von dem nicht ernst zu nehmenden Verlangen, die Strafrechtspflege ausschließlich politischen Schwurgerichten zu übertragen, und der zu weitgehenden Beschränkung der politischen Betätigung aller Beamten durchaus diskutabel. Das Blatt verweist auf einen Beschluß des demokratischen Parteivorstandes vom 11. September, der jede Partei als koalitionsfähig bezeichnet, die die Weimarer Reichsverfassung als Rechtsgrundlage achte und jede gewalttätige Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände durch die Machtmittel des Staates bekämpfen will. Dieser Erklärung sei ausdrücklich hinzugefügt worden, daß sie genau so für die Deutsche Volkspartei wie für die Unabhängigen gelte. Das Blatt spricht sich allerdings nicht für eine Erweiterung der Koalition nur nach links aus, aber es führt aus, für die Demokraten würden keine Bedenken bestehen, die Koalition gleichzeitig nach rechts und nach links zu erweitern. Das Berliner Tageblatt wendet sich darauf weiter gegen einen Artikel des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Mittelmann, den die Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, an leitender Stelle abdruckt. Mittelmann will die Minister Wirth und Rathenau in einem neuen Kabinett, an dem die Deutsche Volkspartei teilnimmt, nur dulden, wenn diese beiden ihren bisherigen Standpunkt in der auswärtigen Politik aufgeben und sich auf den Boden des Aktionsprogramms der Deutschen Volkspartei stellen. Man sieht also, die Herren von der Deutschen Volkspartei sitzen noch auf dem hohen Pferde und werden voraussichtlich über den Eintritt in die Koalition nur mit sich reden lassen, wenn man in sehr weitem Maße ihre Bedingungen erfüllt.

Am Montag fanden Besprechungen zwischen der S. P. D. und den beiden andern Regierungsparteien über den Eintritt der U. S. P. in die Regierung statt. Nach einer Meldung der Politischen Parlamentarischen Nachrichten erklärten nach eingehender Aussprache Demokraten und Zentrum, daß sie **grundsätzlich keine Bedenken mehr gegen die Hinzuziehung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Regierungsbildung hätten.**

Nach den Ereignissen der letzten Tage kann man feststellen, daß die Widerstände gegen den Eintritt der Unabhängigen in die gegenwärtige Koalition wesentlich geringer geworden sind. Es ist jetzt durchaus nicht mehr ausgeschlossen, daß wir zu einer Koalition von Wirth bis Breitscheid kommen. Die Vorgänge der letzten Tage zeigen aber auch, welch schwerer taktischer Fehler das Vorgehen des Parteivorstandes in Görlitz war. Hätte man nicht die Tür für die Deutsche Volkspartei so weit aufgemacht, sondern die Erweiterung der Koalition nach links als unser politisches Ziel proklamiert, so wären wir heute vielleicht dem Ziel der Bildung einer Koalition, die vom Zentrum und den Demokraten bis zu den Unabhängigen reicht, schon näher. Ob es jetzt schon gelingen wird, eine solche Koalition zustande zu bringen, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist der Gedanke der Linkskoalition auf dem Marsche. Deswegen wäre es ein unverantwortlicher Fehler, wenn wir uns jetzt bereitfinden ließen, uns in eine Koalition der Mitte, die auch die Deutsche Volkspartei umfaßt, hineinzubegeben. Unsre ganze politische Taktik muß viel mehr auf das Ziel gerichtet sein, eine **Erweiterung der Regierung nach links herbeizuführen.**

•

Der Stand der Koalitionsverhandlungen

Wie die P. P. N. hören, haben heute die Sozialdemokraten die bekannte Antwort der Unabhängigen zur Frage ihres etwaigen Regierungseintritts in der interfraktionellen Beratung beim Reichskanzler zur Sprache gebracht. Zentrum und Demokraten äußerten zu mehreren Bedingungen der Unabhängigen Bedenken, ob sich eine Verständigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm werde erzielen lassen. Die Sozialdemokraten wiesen indessen darauf hin, daß die Forderungen der Unabhängigen im Grunde nur **die Görlitzer Mindestbedingungen der Sozialdemokraten seien. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde danach weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen.** Die Koalitionsverhandlungen wurden dann **auf Mitte nächster Woche vertagt, weil die Sozialdemokraten ihre Entscheidung erst treffen wollen, wenn das Steuerprogramm endgültig feststeht, die Regierung aber zu diesem Zweck noch weitere Besprechungen mit den maßgebenden Wirtschaftskreisen der Industrie und Landwirtschaft führen muß.**

In Preußen haben die Verhandlungen über die Regierungsneubildung in Gegenwart des Ministerpräsidenten Stegerwald und des Landtagspräsidenten Leinert heute nachmittag um 5 Uhr wieder begonnen und sind bis in die späten Abendstunden hinein fortgesetzt worden. Auch hier legte die **Sozialdemokratie großes Gewicht auf die Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung,** mindestens aber auf die **Aufstellung eines Programms, daß ihre wohlwollende Neutralität sichert,** wie sie sie bisher im Reiche dem Kabinett Wirth gegenüber getätigt haben.

Sonnabend Oberschlesiens Schicksalstag?

Genf, 3. Oktober. **Wie man von gut unterrichteter Seite versichert, wird der Völkerbundrat seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage am Sonnabend, spätestens am Sonntag, bekanntgeben.**

Kattowitz, 3. Oktober. Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober folgendes Telegramm nach Genf gerichtet:

Herrn Erich Drummond, Generalsekretär des Völkerbundes, Genf. Die Unterzeichneten bitten, den zur Vernehmung durch den Völkerbundrat nach Genf berufenen deutschen Gewerkschaftsvertretern Ehrhardt, Franz und Griese folgendes zu übermitteln, da die Adresse der Herren hier nicht bekannt ist.

Die deutschen Gewerkschaften ersuchen ihre nach Genf berufenen Vertreter, den Völkerbundrat um Entsendung von Vertretern des Völkerbundrates nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung ist die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unbedingt notwendig. Diese örtliche Prüfung kann auch durch die mündliche Vernehmung unserer Vertrauensmänner in Genf nicht ersetzt werden.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund
Deutscher Gewerkschaftsbund
Gewerkschaftsring.

Die Wiesbadener Verhandlungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 4. Oktober. Heute vormittag ist der auswärtige Ausschuß des Reichstags zusammengetreten, um den Bericht über die Wiesbadener Verhandlungen des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau mit dem französischen Minister Loucheur entgegenzunehmen. Der zweite Punkt der Tagesordnung ist der Bericht über die Finanzierung der ersten Goldmilliarde. Die Beratung in dem sehr gut besuchten Ausschuß begann um 10½ Uhr unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann. Sie ist vertraulich.

•

Rathenau — Loucheur

Paris, 4. Oktober. Nach einer Meldung des Matin aus Koblenz ist die nächste Zusammenkunft zwischen Dr. Rathenau und Loucheur am 7. und 8. Oktober in Wiesbaden.

Erhöhung des Goldzolls

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 4. Oktober. Das Reichskabinett hat beschlossen, mit Wirkung vom 20. Oktober den Goldzoll, der bisher bekanntlich das Neunfache der Papiermark betrug, erheblich zu erhöhen. Er soll vom genannten Datum an das Neunzehnfache der Papiermark betragen.

Der Lohnkampf im Berliner Gastwirtsgewerbe

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 4. Oktober. Der Lohnkampf im Gastwirtsgewerbe hat sich im Laufe des gestrigen Tages ganz bedeutend verschärft. Dadurch, daß die bisher abseits stehenden Inhaber der Luxusbetriebe und die großen Likörfirmen, die noch bis gestern ihre Lokale offen hielten, sich den Maßnahmen der Vereinigten Arbeitgeberverbände in eine geschlossene Front des gesamten Gastwirtsgewerbes eingefügt haben, ist eine Lage hergestellt. Es tritt also heute der Fall ein, daß Berlin vollkommen ohne Gaststätten sein wird. Es ist fernerhin nicht ausgeschlossen, daß die Hotels ihre Wohngelegenheiten zu schließen gezwungen sind, da sich unter den Streikenden auch das Hotelpersonal befindet.

Dolchstoß der Monarchie!

In diesen Tagen sind in Deutschland zwei Bücher erschienen, die die größte Aufmerksamkeit aller politisch orientierten Kreise beanspruchen können, und denen eine weite Verbreitung, auch innerhalb der Arbeiterschaft, zu gönnen wäre. Auf der einen Seite ist endlich der vielumstrittene dritte Band von Bismarcks „Erinnerungen“ erschienen, deren Veröffentlichung Wilhelm II. auch noch nach seiner Flucht ins Ausland zu hintertreiben gewußt hatte. Aus der Zähigkeit, mit der er sich gegen Bismarcks Darstellung seiner Verabschiedung wehrte, mußte alle Welt entnehmen, daß Bismarck dem letzten Hohenzollern bittere Pillen verabreichte. Tatsächlich ist Bismarcks dritter Band eine ununterbrochene Kette schärfster Ausfälle gegen den jungen Monarchen, und damit gegen die Monarchie selbst, wenn das auch der alte konservative Junker nicht gewollt hatte. Für einen Sozialisten und einen Arbeiter ist das Buch deshalb besonders lesenswert, weil ja letzten Endes die Ausgestaltung der deutschen Sozialpolitik zum Bruch zwischen Kaiser und Kanzler führte. Der Kanzler, feudal und reaktionär durch und durch, wollte von einer Sozialgesetzgebung nichts wissen, er schwärmte noch wie vor für schärfste Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft. Trug er sich doch noch im Januar 1890 mit dem Gedanken, den Reichstag aufzulösen, wenn er das Sozialistengesetz nicht verlängern würde. Das Eintreten des jungen Kaisers für den Ausbau der Sozialgesetzgebung betrachtete Bismarck jedoch nur als ein Haschen nach Popularität bei den breiten Bürger- und Arbeitermassen, um so eher die Möglichkeit eines Aufstiegs zum absoluten Herrscher zu haben, der keinen Kanzler von der Persönlichkeit eines Bismarck neben sich brauchen konnte. Und der Größenwahn des jungen Monarchen kränkte doch schon bedenklich. Sagte er doch schon als Prinz zu den Bundesfürsten, den „alten Onkels“: „Habe ich sie erst von meinem Geist und Art überzeugt und in die Hand mir gewöhnt, nun, dann parieren sie um so lieber, denn pariert muß werden.“ Im selben Gedankengang liegt das Wort des jungen Kaisers: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!“ Bismarck suchte sich ihm entgegenzustellen, er wurde zerschmettert, trotz all dem Glorienschein, mit dem der große Kanzler umgeben war. Die Bourgeoisie war in den 20 Jahren des Bestehens des Reiches bereits so sehr im Monarchenkult versumpft, daß man den Hinauswurf Bismarcks in der breiten Oeffentlichkeit kaum zu kritisieren wagte.

Bismarck hat diese Verabschiedung durch den jungen Kaiser nie überwunden, dafür zeugt dieser dritte Band, der nur die Zeitspanne eines knappen Jahres umfaßt, aber von ungeheurer, wenn auch verhaltener Leidenschaft durchzogen ist. Die Behandlung, die dem eisernen Kanzler angetan wurde, mußte diesen auch ganz besonders kränken, wenn man bedenkt, daß Wilhelm II. noch drei Jahre zuvor als Prinz [illegible] in einem Brief an Bismarck schrieb: „Ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem andern für Sie abhauen, eher als ich etwas unternehme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde . . . Möge es Ihnen beschieden sein, das Land in Ihrer gewohnten weisen Fürsorge fortzuleiten, sei es zum Frieden, sei es zum Kriege. Falls das letztere sich ereignen sollte, mögen Sie nicht vergessen, daß hier eine Hand und ein Schwert bereit sind, von einem Manne, der sich wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große sein Ahnherr ist und dreimal so viel allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben, und der seine 10 Jahre militärischer Ausbildung nicht umsonst hart gearbeitet hat.“ Dieses militaristische Phrasengedresche liest sich heute, nach den Jahren 1914 bis 1918, besonders schön. Aber bereits Bismarck schreibt in dem einen Kapitel in bezug auf Wilhelm II.: „Friedrich der Große hat sein Bild nicht fortgepflanzt.“ Ja, er stellt ihn sogar tiefer als Friedrich IV., indem er den ehrlichen Glauben des zur Sohn getragenen Gottesgnadenbewußtseins Wilhelms II. bezweifelte.

Es ist bekannt, daß der Vater Wilhelms II. als Kronprinz Friedrich bereits im Jahre 1886 in einem Briefe von der „mangelnden Reife und Unerfahrenheit, verbunden mit seinem Hang zur Ueberhebung und zur Ueberschätzung, seines ältesten Sohnes“ schrieb. Damals hielt Bismarck dieses Urteil für zu scharf, das er sich später, nach seinem Sturz, voll und ganz zu eigen gemacht hat. Damals gab er die Hauptschuld „dem beschränkten Kreis des Potsdamer Regiments-[illegible]“, dem er ihn aber vergebens zu entziehen suchte. So kommt Bismarck selbst zu dem Urteil: „Der [illegible] dann auch mit Anschauungen auf den Thron gekommen, die [illegible] Begriffe neu und nicht durch unser Verfassungsleben gebildet sind.“ Aber der Gesinnung der [illegible] und durch verfrühte [illegible] [illegible] einseitiger und gefährlicher entwickelt. [illegible] Sohn für das Militär, in dem der Geist [illegible] des deutschen Volkes [illegible] war, als ein kleines Geschichtchen aus dem Jahre 1871 [illegible], wie der Militarismus alles überwucherte und das Volk den „auf den Höhen Wandelnden“ [illegible]

„Nachdem der [illegible] 1871 von der französischen Nationalversammlung genehmigt [illegible] konnten unsre Truppen [illegible] [illegible] werden. [illegible] auf hartnäckigen Widerstand. [illegible] ich erfahren hatte, dem [illegible] in Baden-Baden [illegible]. Der Kaiser wollte [illegible]